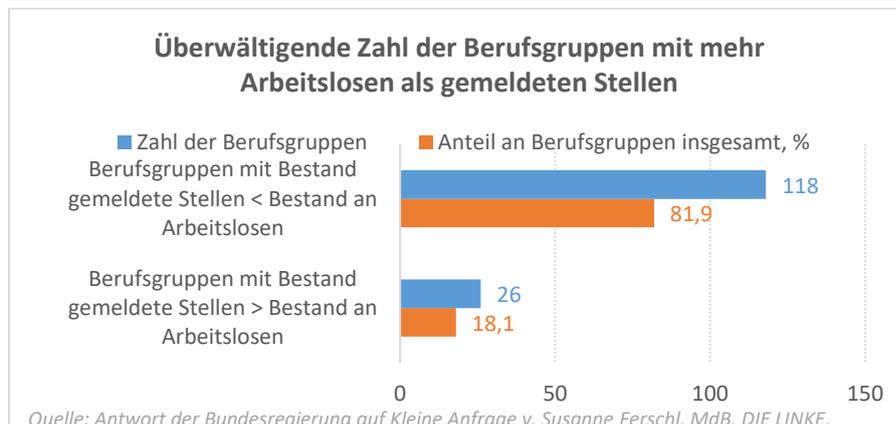


Fachkräftemangel: Versachlichung dringend geboten

Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage »Größe und Bewältigung des Fachkräftemangels in Deutschland« (BT-Drs. 20/4860) von Susanne Ferschl u.a., Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Der Fachkräftemangel oder gar ein allgemeiner Arbeitskräftemangel ist in aller Munde. Und doch ist die Zahl der Arbeitslosen (Arbeitskräfteangebot) bei der überwältigenden Zahl der Berufsgruppen (82%) höher als die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen (Arbeitskräftenachfrage). Selbst bei laut Fachkräftestrategie der Bundesregierung von bundesweiten Engpässen für Fachkräfte besonders betroffenen Berufen liegt die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl Arbeitssuchender (arbeitslose und nicht-arbeitslose Arbeitssuchende) teils deutlich über der Zahl gemeldeter Stellen. Zwar melden nicht alle Unternehmen ihre Stellen bei der Bundesagentur; gerade bei einem drängenden Fachkräfte-/Arbeitskräftemangel ist jedoch davon auszugehen, dass Unternehmen jede Möglichkeit nutzen, Arbeitskräfte zu finden, ihre offenen Stellen also auch bei der Bundesagentur für Arbeit melden.



Große Potenziale liegen bei der Bildung, Aus- und Weiterbildung und der stärkeren Beschäftigung von Älteren und Frauen. So liegt die Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe 55-64 Jahre mit 72% deutlich unter der Erwerbstätigenquote der Altersgruppe 45-54 Jahre (85,8%), die der Frauen (15-64 Jahre) mit 72,1% unter der der Männer (79,4%). Der Anteil der Betriebe, die ausbilden, beträgt lediglich 19,1%; er ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. 47.500 Schülerinnen und Schüler haben 2021 ohne Abschluss die Schule verlassen. Gleichzeitig ist der Anteil der Menschen ohne Hauptschulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung an den Langzeitarbeitslosen besonders hoch (83,6%). Die Zahl der Eintritte von Teilnehmenden in Förderung der beruflichen Weiterbildung ist in den vergangenen Jahren nicht etwa gestiegen, sondern gesunken.

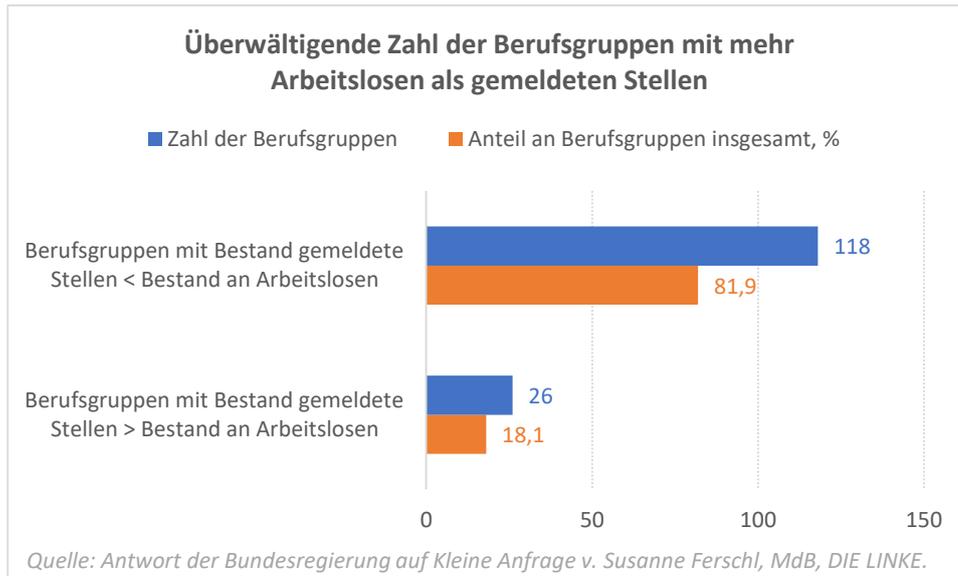
O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Es ist gut, dass die Bundesregierung endlich stärker und gezielter die Potenziale des Arbeitsmarktes in den Blick nimmt, nachdem diese über Jahrzehnte vernachlässigt wurden. Der Handlungsbedarf ist groß, insbesondere bei jungen Menschen im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Es geht darum, ihnen eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben. Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie und ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung sind notwendige Maßnahmen dazu. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt übersteigt allerdings deutlich die Zahl der gemeldeten offenen Stellen - auch teils in den von der Bundesregierung als besonders vom Fachkräftemangel eingeschätzten Berufsgruppen. Das spricht gegen verbreitete Übertreibungen. Eine Versachlichung der Diskussion tut hier Not. Es bleibt dabei: Der Fachkräftemangel ist dort besonders groß, wo Löhne niedrig und Arbeitsbedingungen schlecht sind. Die Bundesregierung hat es in der Hand, das zu ändern.“

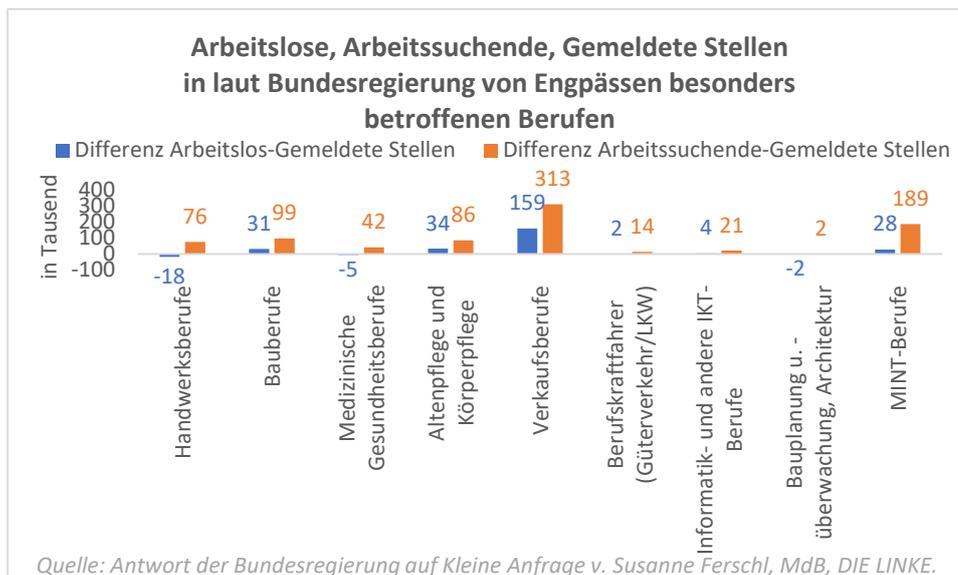
Ergebnisse im Einzelnen:

Die Zahl der **Berufsgruppen mit mehr gemeldeten Stellen als Arbeitslosen** ist sehr gering:

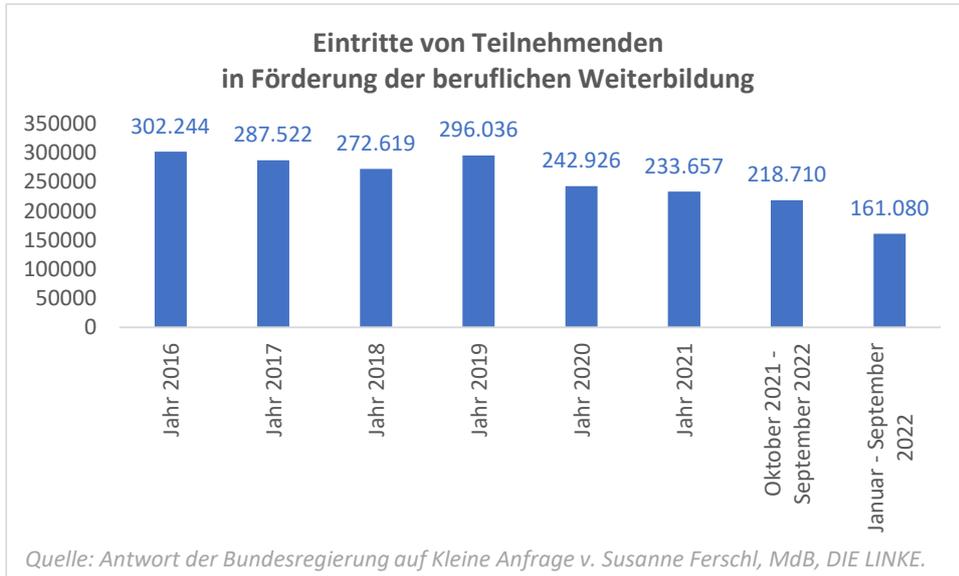
- Im Dezember 2022 war in 26 von 144 Berufsgruppen der Bestand gemeldeter Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit größer, als der Bestand an Arbeitslosen; in 118 Berufsgruppen war demgegenüber der Bestand an gemeldeten Stellen kleiner als der Bestand an Arbeitslosen. (siehe Antwort der Bundesregierung zu den Fragen Nr. 1 bis Nr. 3 und Angaben und Graphik der dieser Auswertung beigefügten Excel-Datei).



- Selbst bei den von der Bundesregierung in ihrer Fachkräftestrategieⁱ genannten, von bundesweiten Engpässen besonders betroffenen Berufen liegt die Zahl der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden (arbeitslose und nicht-arbeitslose Arbeitssuchende) teils deutlich über der Zahl gemeldeter Stellen (siehe Antworten zu den Fragen Nr. 4 und Nr. 5 und Angaben und Graphik der dieser Auswertung beigefügten Excel-Datei).

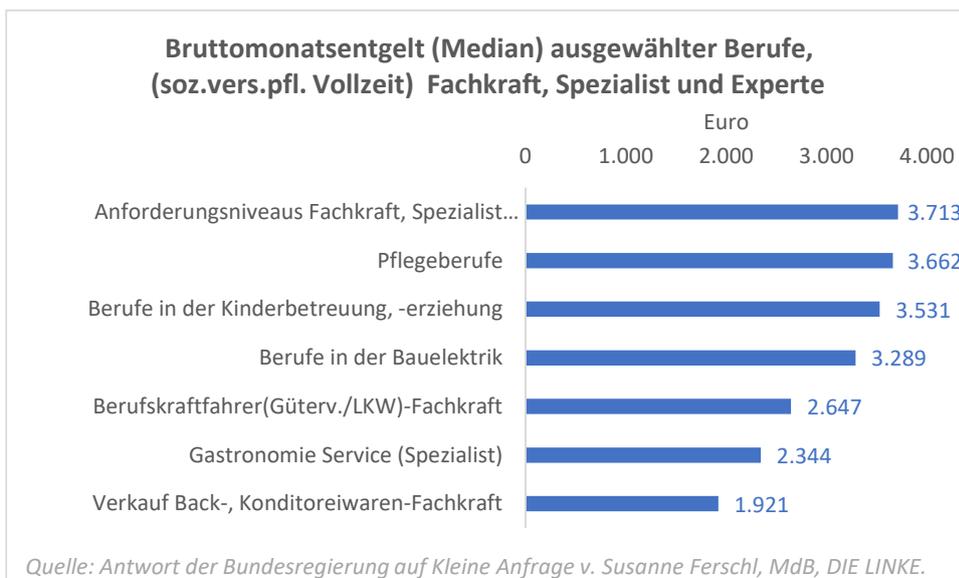


Die **Eintritte von Teilnehmenden in Förderung der beruflichen Weiterbildung** ohne Beschäftigtenqualifizierung sind in den vergangenen Jahren nicht etwa gestiegen, sondern **gesunken** (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 11 und Angaben und Graphik der dieser Auswertung beigefügten Excel-Datei).



„Die **Bundesregierung verwendet kein exaktes quantitatives Maß zur Definition von Vollbeschäftigung.**“ (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 13).

Berufe, bei denen über Fachkräftemangel geklagt wird, haben **Bruttomonatsentgelte** (Median), die unter dem Median für die Anforderungsniveaus Fachkraft, Spezialist und Experten liegen. Besonders auffällig in Verkaufsberufen und in der Gastronomie (siehe Antwort der Bundesregierung zu den Fragen Nr. 14 und Nr. 15 und Angaben und Graphik der dieser Auswertung beigefügten Excel-Datei).



Kein umfassender Fachkräftemangel bzw. allgemeiner Arbeitskräftemangel: „...Von einem umfassenden Fachkräftemangel bzw. von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel kann in Deutschland jedoch nicht gesprochen werden. Im dritten Quartal 2022 waren nach Ergebnissen der Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rund 1,82 Millionen offene Stellen zu

besetzen. Dem gegenüber waren im Dezember 2022 rund 2,45 Millionen Arbeitslose gemeldet. Unter Berücksichtigung von Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in vorübergehender Arbeitsunfähigkeit sowie in absehbar endender Erwerbstätigkeit, standen im Oktober 2022 rund 4,35 Millionen Arbeitssuchende für die Besetzung von offenen Stellen zur Verfügung...“ (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 20)

Unter ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt der **Anteil derjenigen, die Helfertätigkeiten ausüben** mit 36% wesentlich höher als insgesamt (16,3%) und unter deutschen (12,8%). Mit 24,8% liegt der Anteil der **Menschen ohne Berufsabschluss** bei den ausländischen Beschäftigten rund doppelt so hoch wie bei den Beschäftigten insgesamt (12,6%); bei den deutschen Beschäftigten beträgt dieser Anteil 10,6%. (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 22 und aus den dort genannten Tabellenangaben angestellten Berechnungen)

Anteil ausländischer Arbeitnehmer, die zum Niedriglohn arbeiten, besonders hoch: Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer, die zum Niedriglohn arbeiten, ist mit 35,6% besonders hoch (insgesamt: 18,1%; Deutsche: 15,1%; EU-Ausländer: 39,1%). (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 23)

Auch sind **ausländische Arbeitnehmer mit 6,9% besonders stark von Leiharbeit betroffen** (insgesamt: 2,3%; Deutsche: 1,5%; EU-Ausländer: 8%). (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 23) Das **gilt auch für befristete Arbeitsverträge** (insgesamt: 11,8%; EU-Ausländer: 15,7%; Ausländer aus Nicht-EU-Staaten: 23,2%; Deutsche: 10,6%) (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 23)

Die **Erwerbstätigenquote Älterer**, 55-64 Jahre, liegt mit 72% deutlich unter der in der Altersgruppe 45-54 Jahre (85,8%). (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 30 a) und der dort erwähnten Tabelle 12)

Die **Erwerbstätigenquote von Frauen** (15-64 Jahre) liegt mit 72,1% **unter der der Männer** (79,4%).

Der **Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter** ist unter Männern besonders hoch (insgesamt: 6,8%; Frauen 6,1%; Männer: 9,8%). (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 30 b))

Der Anteil der **Betriebe ohne Betriebsrat** liegt mit 91,1% sehr hoch – das höchste Niveau im angegebenen Beobachtungszeitraum 1996 bis 2021. (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 33)

Der **Anteil der Betriebe, die ausbilden**, beträgt 19,1%. Von 2,2 Mio. Betrieben bilden lediglich 417 Tausend aus. Der **Anteil der Zahl Auszubildender an der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter** ist seit vielen Jahren rückläufig. Betrug er 1999 noch 6,1%, waren es 2021 nur noch 4,7%. (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 36)

2017 haben 47.500 Schülerinnen und Schüler die **Schule ohne Abschluss** verlassen. (siehe Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 37)

Unter den **Langzeitarbeitslosen** haben 23,4% keinen Hauptschulabschluss und 60,2% keine abgeschlossene Berufsausbildung. (siehe Antwort der Bundesregierung zu den Fragen Nr. 38 und Nr. 39, Berechnungen auf Grundlage der dort angeführten Tabelle 18)

ⁱ Vgl. Fachkräftestrategie der Bundesregierung, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/fachkraeftestrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 10 .pdf